

Antrag

der Abgeordneten **Maget, Schläger, Naaß, Dr. Scholz** und **Fraktion SPD**

Zentrum gegen Vertreibungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen für den Beitritt des Freistaats Bayern zur Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu schaffen. Dieser Beitritt zugunsten der Stiftung wird mit einem einmaligen Beitrag von 5 Cent pro Einwohner vollzogen, der auf mehrere Haushaltsjahre verteilt werden kann.

Begründung:

Aus dem Geist der Versöhnung haben die deutschen Heimatvertriebenen am 6. September 2000 die gemeinnützige Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet. In der Hauptstadt Berlin und über das Internet soll dazu beigetragen werden, Vertreibungen weltweit zu ächten und die Völkergemeinschaft zu sensibilisieren. Ein großer Teil der europäischen Völker wurde im 20. Jahrhundert vertrieben, deportiert oder zwangsweise umgesiedelt. 15 Millionen Deutsche wurden Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen. Ihr Schicksal ist bis heute ein nahezu weißer Fleck im öffentlichen Bewusstsein. Nirgendwo ist unter einem Dach ein Gesamtüberblick für die Tragödie vorhanden und an keinem Ort sind die vielfältigen kulturellen Wurzeln und die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen im Zusammenhang erfahrbar.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ will diesen einschneidenden Teil deutscher und europäischer Geschichte aufarbeiten. Es will auch die Integration der vielen entwurzelten Menschen in den Städten und Gemeinden mit den Auswirkungen auf alle Lebensbereiche dokumentieren und darstellen. Die Leistungen der aufnehmenden Länder und ihrer Kommunen sollen dabei ebenso sichtbar werden wie der Integrationswille der Heimatvertriebenen und Aussiedler. Inzwischen haben bereits 400 Kommunen ihre Patenschaft erklärt. Der Freistaat Bayern hat sich um die Integration der Vertriebenen große Verdienste erworben. Deshalb steht es ihm gut an, wenn er sich der überparteilichen Initiative „Zentrum gegen Vertreibungen“ anschließt.

Die Vorsitzenden der Stiftung sind Erika Steinbach, MdB, und Prof. Dr. Peter Glotz.